

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

41. Jahrgang / 70

14. April 1986

Robert Anretter MdB verurteilt, daß in Baden-Württemberg alle drei Strophen des Deutschlandliedes im Unterricht auswendig gelernt werden müssen: **Futter für den Spießler-Stammtisch.**

Seite 1

Harald B. Schäfer MdB weist die Unions-Versuche zurück, das Grundrecht auf Asyl anzutasten: Die Lehren der Vergangenheit beherzigen.

Seite 3

Dietmar Zierer MdL protestiert gegen die Polizeiüberwachung in der Umgebung von Wackersdorf: „Big Brother“ läßt grüßen.

Seite 5

Futter für den Spießler-Stammtisch

Der baden-württembergische Kultusminister läßt alle drei Strophen des Deutschlandliedes auswendig lernen

Von Robert Anretter MdB
Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats

Es ist schlimm, welche Sumpfbüten die deutsch-nationale Tendenz in der CDU hervorbringen kann. Als gäbe es nicht schon genug außenpolitische Probleme mit der sogenannten „Stahlhelm-Fraktion“. Jetzt - freilich nicht zum ersten Mal - trumpft auch noch der baden-württembergische Kultusminister Mayer-Vorfelder beim Streit ums Deutschlandlied in den Schulen in einer Art auf, daß besonnene Menschen nur den Kopf schütteln können und vor solch einem naßforschenden Umgang mit unserer Geschichte warnen müssen.

Vielleicht hat der VfB-Präsident tatsächlich zu oft in den Fußballstadien sein „Hymnenerlebnis“ gehabt. Vielleicht hat er deshalb Schwierigkeiten, sich konkret vorzustellen, wie es im benachbarten Ausland ankommt, wenn er es nach all den Erfahrungen der Nazizeit erklärtermaßen gut findet, daß eine Lehrerin der vierten Grundschulklasse alle drei Strophen des Deutschlandliedes auswendig lernen läßt. Er scheint wirklich nicht zu begreifen, warum wir Sozialdemokraten darauf bestehen, daß weiterhin nur die dritte Strophe (Einigkeit und Recht und Freiheit) als Hymne der Bundesrepublik Deutschland gilt. Er sieht offenbar nicht ein, daß das schöne Lied des Hoffmann von Fallersleben aus dem Vormärz des 19. Jahrhunderts, wenn man es als Text insgesamt verstehen will, dringend einer kritischen historischen Erklärung bedarf.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verantwortungsvoll
für den Inhalt
verantwortlich: Rudolf Schwinn
Redaktion: Bonn



Mayer-Vorfelder scheint völlig unsensibel für die berechtigten Ängste vieler europäischer Nachbarn. Müssen wir ihm die Geschichte von den Opfern des deutschen Faschismus stets von neuem erzählen? Kennt er selbst keine Familien in Belgien, in den Niederlanden, Luxemburg, in Italien, Frankreich oder Großbritannien, denen heute noch die Deutschlandhymne als Vorspann des Horst-Wessel-Liedes, als Kampfesgeschrei der Nazischergen, in den Ohren gellen muß?

Über dieses historische Trauma kann doch nicht einfach mit lockeren Sprüchen wie „die Schüler müßten ein normales Verhältnis zu ihrer Nation bekommen“ oder man dürfe jetzt „nicht von einem Extrem ins andere fallen“ hinweggeschwätzt werden. Nein, wer heute noch nicht kapiert, daß durch das Auswendiglernen einer Strophe wie „von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt...“ das Begriffsvermögen eines zehnjährigen Kindes hoffnungslos überfordert ist, der ist - jedenfalls als Kultusminister - fehl am Platze.

Es ist angesichts einer solch reaktionären „Stimmungslage“ in Teilen der führenden Regierungspartei überhaupt kein Wunder, wenn die Europapolitik dieser Bundesregierung vollends zum Schwindelunternehmen wird. Die Europäische Union als visionäres Ziel in Kohls Reden - das ist der politische Sonntag. Mayer-Vorfelders deutsch-nationale Tümmerei, um dem Spießler-Stammtisch Futter zu geben, daß ist der politische Alltag in der heutigen CDU. Für uns Sozialdemokraten heißt dies: Wehret den Anfängen!

(-/14.4.1986/rs/ks)

* * *

Das Grundrecht auf Asyl darf nicht angetastet werden

Die Bundesrats-Vorschläge der Union müssen endgültig vom Tisch

Von Harald B. Schäfer MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Innenausschuß des Deutschen Bundestages

Nach den Erklärungen der innenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der Abgeordneten Laufs und Fellner, steht jetzt endgültig fest, daß es das in der Regierungserklärung vom 4. Mai 1983 angekündigte neue Bundesausländergesetz in dieser Wahlperiode nicht mehr geben wird. Die Koalitionsfraktionen versagen damit auf einem wichtigen Gebiet, das dringend der Neuregelung bedarf.

Weit über die Hälfte der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik lebt heute schon seit mehr als zehn Jahren hier. Ihre Rechtsposition entspricht dieser langen Dauer nicht. Wir halten es für unerlässlich, daß ein neu gestaltetes Ausländerrecht den Betroffenen eine überschaubare und zuverlässige Grundlage für ihre Lebensplanung gibt.

Eine Änderung des Grundrechts auf Asyl oder eine Verschärfung des Asylverfahrensgesetzes entsprechend den unsinnigen Bundesratsvorschlägen haben die innenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zwar für diese Wahlperiode nicht konkret angekündigt, sie rücken jedoch inhaltlich von entsprechenden Vorstellungen nicht ab.

Deshalb sei nochmals daran erinnert, daß die große Mehrheit der Sachverständigen in der Anhörung des Innenausschusses am 17. März 1986 ebenso wie wir zu dem Ergebnis kamen:

- Die Bundesrats-Vorschläge sind untauglich.
- Nicht eine Änderung des geltenden Rechts, sondern eine Verbesserung der gegenwärtigen Verwaltungs- und Gerichtsverfahrenspraxis ist notwendig.
- Das Grundrecht auf Asyl (Artikel 16 Absatz 2 Satz 2 Grundgesetz (GG)), das aus der Erfahrung mit der Nazi-Herrschaft in unser Grundgesetz eingefügt wurde, darf nicht angetastet werden.

Insbesondere die Kirchen und die in der Ausländerarbeit tätigen Organisationen und Verbände bekennen sich zu dieser Auffassung.

Wir verkennen die Probleme nicht: Die Entwicklung der Asylbewerberzahlen läßt deutliche Schwankungen erkennen.

1986 hatten wir nach dem „Spitzenjahr“ 1980 die zweithöchste Asylbewerberzahl zu verzeichnen, nämlich 73.832 Personen. Die Statistik ist allerdings ungenau, wie die Anhörung auch gezeigt hat, und muß überprüft werden.

Diese Asylbewerberzahl stellt die Bundesrepublik jedoch nicht vor unlösbare Probleme. Wir werden darauf drängen, daß

- die Verfahren bei den Verwaltungen und Gerichten durch Beseitigung von unbestreitbaren „Vollzugsdefiziten“ beschleunigt werden,
- die untauglichen Bundesrats-Vorschläge zu den Akten gelegt werden.

Das Europäische Parlament hat den Europaabgeordneten Heinz O. Vetter beauftragt, einen Bericht zur Koordinierung des Asylrechts in der Gemeinschaft zu erstellen. Wir unterstützen diese Bemühungen. Eine Koordinierung des Asylrechts darf aber unter keinen Umständen zu einer negativen Nivelierung führen.

Besonders wichtig ist es uns, daß die sensiblen Fragen des Ausländerrechts und Asylrechts nicht in den Wahlkampf hineingezogen werden.

(-/14.4.1986/rs/ks)

* * *

„Big Brother“ läßt grüßen

In der Umgebung von Wackersdorf wird der Überwachungsstaat vollzogen

Von Dietmar Zierer MdL
Stellvertretender Landrat von Schwandorf

So viele Polizeibeamte wie in den letzten Monaten hat wohl kaum ein Bürger der mittleren Oberpfalz bisher gesehen. Sie scheinen allgegenwärtig, tauchen nachts auf Bauernhöfen und Feldwegen auf, leuchten mit Taschenlampen, machen Kontrollen. Ein neues Gesicht, ein fremder Wagen ruft den Polizeihubschrauber auf den Plan, der harmlose Spaziergänger erschreckt.

Die Polizei schaut zu - in Uniform, aber noch viel mehr in ziviler Kleidung. Wenn den Bauern und den alteingesessenen Bürgern die wortkargen Herren auffallen, verschwinden diese meist ohne Antwort. Für die Bevölkerung sind diese stets spähenden Augen, diese überall zuhörenden Ohren bereits zum schlimmen Alltag geworden. George Orwells „Big Brother“ aus seinem Buch „1984“ hat seine Entsprechung in der mittleren Oberpfalz gefunden - durch Polizeibeamte, die von einer mißtrauischen Staatsregierung zur Observation gezwungen wurden. Der Überwachungsstaat wird vollzogen!

Typisch für dieses Verhalten der vom Innenminister geschickten Beamten sind die Vorgänge bei der Gründung einer Bürgerinitiative in Altenschwand, einem kleinen Ort in der Nähe des WAA-Geländes. Was sich dort abspielte, faßte ich zunächst als Fehlverhalten von übereifrigen Beamten auf. Bis jetzt die Antwort des Innen-Staatssekretärs Heinz Rosenbauer kam. Der nämlich stellte nicht nur fest, daß alles genau nach Anweisung und Auftrag ablief, sondern er unterstellte den Oberpfälzern, die sich versammelten, von vorneherein böse Absichten. Nach der ebenso einfachen wie diskriminierenden Formel: Wer gegen die Wiederaufarbeitungsanlage ist, ist ein potentieller Straftäter!

In meinem Brief an das Innenministerium beschrieb ich die Vorgänge in Altenschwand:

„Sehr geehrter Herr Innenminister Dr. Hillermeier,

am Freitag, den 31. Januar 1986, fand in Altenschwand, Gasthaus Lorenz, in der Nähe des WAA-Geländes, eine Gründungsveranstaltung für eine Bürgerinitiative Altenschwand gegen die geplante Errichtung der WAA statt. Der Sprecher der neugegründeten Bürgerinitiative hat dabei festgestellt, daß zwei ortsfremde Männer anwesend waren, die in der Anwesenheitsliste falsche Adressen angegeben haben: nämlich ein Georg Huber, Hemau, Glaserweg 17 und ein Karl Keller, Hemau, Birkenweg 5. Rücksprachen in Hemau haben ergeben, daß diese Personen nicht gemeldet sind und daß es auch den Birkenweg gar nicht gibt.

Nun wurde zwischenzeitlich festgestellt, daß beide Männer mit einem beigen Opel Caravan (Rekord) mit Münchner Nummer (Behördennummer) angereist sind und kennzeichnenderweise diesen Pkw beim Bahnhof Altenschwand (gegenüber dem Gasthaus Lorenz) geparkt haben und (verbotenerweise) in gebückter Haltung über das Bahngelände gegangen sind, um sich dann unauffällig unter die Versammlungsteilnehmer zu mischen. Versuche von anderen Versammlungsteilnehmern, mit den beiden Herren ins Gespräch zu kommen, scheiterten.“

Ich fragte nach, ob es sich hier um zwei Polizeibeamte in Zivil handelte, und warum bei solchen Veranstaltungen Zivilbeamte anwesend waren, ganz abgesehen von dem mehr als merkwürdigen Verhalten der beiden Herren, die sich über ihre Funktion ausschwiegen. Meine Hoffnung, der Innen-

minister würde diesen Vorgang unter den Gesichtspunkten demokratischer Freiheiten wie beispielsweise dem Versammlungsrecht kritisch unter die Lupe nehmen, wurden allerdings nicht erfüllt. Der Innen-Staatssekretär Rosenbauer antwortete ebenso lapidar wie entlarvend:

„Die Gründungsversammlung der Bürgerinitiative, Ortsgruppe Altenschwand/Neuschwand am 31. Januar 1986 im Gasthaus Lorenz in Altenschwand wurde von zwei Polizeibeamten in Zivilkleidung besucht. Dies ist nach dem Versammlungsgesetz zulässig und in diesem Fall auch gerechtfertigt. Angesichts der bisherigen Vorfälle und zahlreicher strafbarer Handlungen im Bereich der künftigen WAA ist es völlig legitim und sogar Pflicht der Polizei, Informationen über mögliche geplante Straftaten zu gewinnen.“

Der Sachverhalt, den ich darstellte, wird also bestätigt und gerechtfertigt. Nicht der Übereifer von zwei Polizeibeamten rückte die einheimischen Oberpfälzer in die Nähe von Gewalttätern, die von vorneherein Böses planen, sondern dies ist von CSU und Staatsregierung verordnete Praxis. Genauso wie 100.000 friedliche Demonstranten am Ostermontag diffamiert wurden, weil nur 100 oder 150 gewalttätig waren.

Wer gegen die WAA ist, plant Straftaten. Ein einfacher, aber ungeheuerlicher Vorwurf. Alle werden über einen Kamm geschoren. Die Strategie der Staatsregierung trägt Früchte: der gesamte WAA-Widerstand wird kriminalisiert.

Wenn schon zwei Polizeibeamte in Zivil eine Versammlung friedlicher und friedliebender Oberpfälzer besuchen, so sollen sie sich bitteschön beim Versammlungsleiter melden und offen - mit oder ohne Angabe einer Adresse, aber bestimmt nicht einer falschen - an dieser Veranstaltung teilnehmen. Von jedem Teilnehmer erwartet man, daß er sagt, wer er ist und woher er kommt. Ich bin der Meinung, der Grundsatz der Versammlungsfreiheit gebietet es, daß Polizeibeamte, die an einer Veranstaltung teilnehmen, dies dem Versammlungsleiter mitteilen und nicht in obskurer Art und Weise sich unter Angabe falscher Namen in eine Versammlung einschleichen.

Ein solches Verhalten muß verheerende Auswirkungen auf die Bürger der Oberpfalz und ihre Beziehung zu unserer Demokratie haben. Das Mißtrauen, das die CSU und die Staatsregierung dem Bürger entgegenbringen, ist ungeheuerlich. Es soll sich niemand wundern, wenn das Mißtrauen der Bürger gegen die Staatsregierung - und leider auch in unsere Demokratie - ins Unerträgliche wächst. Dieses Mißtrauen wird bewußt programmiert.

{-/14.4.1986/rs/ks}

* * *

